

Quelle/URL:

<http://www.derwesten.de/nachrichten/nachrichten/nrz/2009/6/24/news-123536455/detail.html>

Umstrittene CO2-Pipeline

NRZ NEUE RHEIN ZEITUNG

Aufstand in Nordfriesland gegen RWE

NRZ, 24.06.2009, Jan Jessen, 4 Kommentare, Trackback-URL

DerWesten - 24.06.2009



Essen. Das Projekt ist ehrgeizig: RWE will den Klimakiller CO2 bei einem neuen Braunkohlekraftwerk in Hürth abscheiden mit einer Pipeline durch Deutschland leiten und in Norddeutschland endlagern. Jetzt kocht an der dänischen Grenze der Volkszorn. Das 2,2-Milliarden-Projekt droht zu scheitern.

Der Aufstand begann an einem Samstag im Mai in einem Wohnzimmer an der Dorfstraße von Enge-Sande. Enge-Sande hat 1137 Einwohner und ist eines der kleinen Dörfer im Kreis Nordfriesland, in denen RWE demnächst seismologische Untersuchungen für ein ehrgeiziges Projekt durchführen will, das dem Klimaschutz dienen soll - die unterirdische Endlagerung von Kohlendioxid. Gegen dieses Vorhaben gehen die Menschen an der dänischen Küste aber auf die Barrikaden, und ihr heftiger Protest hat den mächtigen Essener Energiekonzern kalt erwischt.

Angst um die Gesundheit und um den Tourismus

An dem Treffen in besagtem Wohnzimmer in Enge-Sande nahm auch Werner Asmus teil. Er ist seit 23 Jahren Bürgermeister des Nachbardorfs Wallsbüll, parteilos, und jetzt Sprecher der Bürgerinitiative gegen das geplante Endlager. Der haben sich innerhalb von nur vier Wochen über 2500 Menschen angeschlossen. „Der Volkszorn kocht hoch“, sagt Asmus und spult runter, was die ansonsten so kühlen Nordfriesen dermaßen erhitzt: Angst vor Gesundheitsrisiken, vor einem Imageverlust für die Landwirtschaft und den Tourismus, vor einem Verfall der Immobilienpreise - und große Wut auf die Informationspolitik des RWE-Konzerns.

Konkret geht es darum: In der Region liegen in tausend Meter Tiefe Buntsandsteinschichten, die hoch konzentriertes Salzwasser führen. Darin könnten bis zu 100 Millionen Tonnen des Klimakillers Kohlendioxid gelagert werden. Theoretisch sicher, praktisch ausprobiert hat das noch niemand. Das Gas soll über eine 530 Kilometer lange und einen halben Meter dicke

Pipeline von Nordrhein-Westfalen nach Norddeutschland gelangen. In Hürth will RWE ein Braunkohlekraftwerk hochziehen, mit einer speziellen Technik zur Abscheidung des Kohlendioxids, das bei der Verbrennung von Kohle entsteht. CCS heißt dieses Verfahren der CO₂-Abtrennung und Speicherung, was für „Carbon Capture and Storage“ steht.

Sachverständigenrat hält Technik für unausgereift

Es gibt Experten und Politiker, die sich davon weniger Luftverschmutzung durch Kohlekraftwerke versprechen, weswegen die große Koalition für CCS eigentlich gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen will. Es gibt aber auch Kritiker. Der Sachverständigenrat, der die Bundesregierung in Umweltfragen berät, urteilte jüngst, dass es wegen ungeklärter technischer, ökologischer und finanzieller Fragen offen sei, ob die Anwendung der CCS-Technologie in Deutschland sinnvoll ist.



Olav Hohmeyer, Professor für Energiewirtschaft an der Universität Flensburg und Mitglied des UN-Weltklimarates, warnt sogar vor gesundheitlichen Gefahren, falls das Gas aus den Lagerstätten austritt. Sein Rat an die Menschen in Nordfriesland: „Wehren Sie sich entschieden gegen die CCS-Pläne. Wehren Sie sich dagegen, Versuchskaninchen der RWE zu werden.“

„Das ist ein Protest der bürgerlichen Mitte“

Das tun sie. Erfolgreich sogar. Die Landesregierung in Schleswig-Holstein hat sich gegen das Vorhaben ausgesprochen. Nicht verwunderlich, Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU) hat seinen Wahlkreis in Nordfriesland und muss nächstes Jahr Landtagswahlen bestehen.

Die Unionsfraktion in Berlin ist tief gespalten, das CCS-Gesetz droht wegen des Widerstands aus dem Norden zu scheitern. Der nordfriesische CDU-Bundestagsabgeordnete Ingbert Liebing erwartet, dass das Gesetz für diese Wahlperiode gestoppt wird. Als Forschungsgegenstand sei CCS sicherlich interessant, meint Liebing, die geplante Anlage in Hürth samt Pipeline hält er aber für völlig überdimensioniert.

Das RWE-Projekt ist eigentlich schon seit dem vergangenen Jahr bekannt, die Menschen in Nordfriesland haben aber erst im Mai offiziell davon erfahren, dass ihre Region als Endlagerstätte auserkoren wurde. Auch deswegen sind sie ziemlich sauer auf den Essener Konzern, sagt Werner Asmus. Ihm ist außerdem wichtig, dass es nicht die üblichen Verdächtigten sind, die auf die Barrikaden gehen, Grüne oder Umweltschützer: „Das ist ein Protest der bürgerlichen Mitte. Bei uns gibt es weder Paradiesvögel noch Krawallos.“

RWE: "Die Protestwelle hat uns überrascht"

Mit dabei sind auch die Landwirte. Der Landesbauernverband hat seine Mitglieder dazu aufgerufen, seismologische Untersuchungen auf den Feldern flächendeckend zu verweigern. Ohne die wird aus dem 2,2-Milliarden-Projekt aber nichts. Bei RWE ist man verunsichert: „Die Protestwelle hat uns überrascht“, räumt Sprecher Derek Mösche ein. Es scheint ungewiss, ob das Vorhaben realisiert werden kann: „Das kann man nicht gegen die Bevölkerung durchführen.“ Jetzt gelte es, zu beweisen, dass „wir die Risiken bewältigen können und CO2 kein Teufelszeug ist“.

Dürfte schwer werden. „Die Nordfriesen sind ein eigenwilliger Volksstamm“, sagt Werner Asmus, „da haben sich schon andere die Zähne dran ausgebissen“.